

Anarcho-Syndikalismus international

Newsletter des ASN Köln, Nr. 19, Frühjahr 2022

+++ Gewerkschaftsinfos aus aller Welt +++

RUSSLAND: Nein zum Krieg!

SERBIEN: Verwandeln wir kapitalistische Kriege (...)

FRANKREICH: Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

RUSSLAND: Hintergründe zum Krieg in der Ukraine

POLEN: Gegen den Krieg!

INTERNATIONAL: Anti-Kriegs-Kampf in Russland & Ukraine

RUSSLAND: Student*innen gegen den Krieg

FRANKREICH: Generalstreik statt Wahlkampf

SPANIEN: Gewerkschaftsprotest gegen NetCheck

ÖSTERREICH: - Interview mit dem WAS

- Gewerkschaft gewinnt gegen Reinigungsfirma
- Ärger in der Wiener Elementarpädagogik
- Arbeitskampf bei der Secession beendet

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN: - Nein zum Krieg in der Ukraine

- Friedensprotest gegen russischen Wohnungsleerstand
- Solidarität mit allen Kriegsflüchtlingen
- Protest gegen rechte "Coronamaßnahmen-Kritiker*innen"
- Mindestlöhne in der Kritik
- Globaler Klimastreik
- Spontandemo für Lützerath
- Gedenken an Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten



RUSSLAND

Nein zum Krieg!

Aufruf der IAA-Sektion in Russland zu Boykott, Fahnenflucht und Streik gegen die Invasion in die Ukraine:

„Der Krieg hat begonnen. Das, wovor die Menschen Angst hatten, wovor sie gewarnt haben, woran sie nicht glauben wollten, was aber unvermeidlich war – ist eingetreten. Die herrschenden Eliten Russlands und der Ukraine, angestiftet und provoziert vom Weltkapital, gierig nach Macht und aufgebläht mit Milliarden, die dem arbeitenden Volk gestohlen wurden, haben sich zu einem tödlichen Kampf zusammengefunden. Ihr Durst nach Profit und Herrschaft wird nun von gewöhnlichen Menschen – genau wie uns – mit Blut bezahlt.

Der erste Schuss wurde von dem stärkeren, räuberischen und arroganten der Banditen abgefeuert – dem Kreml. Aber wie immer bei imperialistischen Konflikten steckt hinter der unmittelbaren Ursache ein ganzes Geflecht von widerlich stinkenden Gründen:

Das ist der internationale Kampf um die Gasmärkte und der Wunsch der Behörden aller Länder, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Tyrannei der 'sanitären' Diktaturen abzulenken, und der Kampf der herrschenden Klassen der Länder der ehemaligen

CoV-19 SARS-2



Sowjetunion um die Aufteilung und Neuverteilung des ‚postsowjetischen Raums‘ sowie die großräumigen und globalen Widersprüche und der Kampf um die Weltherrschaft zwischen der NATO, angeführt von den USA, und China, das den alten Hegemon herausfordert und seinen ‚kleinen Bruder‘ im Kreml an seinen Wagen bindet. Heute führen diese Widersprüche zu lokalen Kriegen. Morgen drohen sie in einen dritten imperialistischen Weltkrieg umzuschlagen.

Welche ‚humanistische‘, nationalistische, militaristische, historische oder sonstige Rhetorik den aktuellen Konflikt auch immer rechtfertigen mag, dahinter stehen nur die Interessen derjenigen, die über politische, wirtschaftliche und militärische Macht verfügen. Für uns, die Werktätigen, Rentner und Studenten, bringt er nur Leid, Blut und Tod. Die Bombardierung friedlicher Städte, die Beschießung, das Töten von Menschen sind durch nichts zu rechtfertigen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und den Rückzug aller Truppen auf die Grenzen und Linien, die vor Beginn des Krieges bestanden.

Wir fordern die in den Kampf entsandten Soldaten auf, nicht aufeinander zu schießen und erst recht nicht das Feuer auf die Zivilbevölkerung zu eröffnen.

Wir fordern sie auf, sich massenhaft zu weigern, die verbrecherischen Befehle ihrer Kommandeure auszuführen.

**STOPPT DIESEN KRIEG!
BAJONETT AUF DEN BODEN!**

Wir rufen die Menschen im Hinterland auf beiden Seiten der Front, die Werktätigen Russlands und der Ukraine, dazu auf, diesen Krieg nicht zu unterstützen, ihm nicht zu helfen – im Gegenteil, ihm mit aller Kraft zu widerstehen!

Ziehen Sie nicht in den Krieg!

Nicht einen einzigen Rubel, nicht eine einzige Griwna aus unseren Taschen für den Krieg!

Streikt gegen diesen Krieg, wenn ihr könnt!

Eines Tages – wenn es genug Kraft hat – wird das arbeitende Volk in Russland und der Ukraine die volle Verantwortung von allen anmaßenden Politikern und Oligarchen fordern, die uns gegeneinander aufhetzen.

Wir erinnern uns:

**KEIN KRIEG ZWISCHEN DEN ARBEITENDEN
MENSCHEN IN RUSSLAND UND DER UKRAINE!**

KEIN FRIEDEN ZWISCHEN DEN KLASSEN!

**FRIEDE DEN HÜTTEN –
KRIEG DEN PALÄSTEN!“**

*Revolutionäre anarcho-syndikalistische Konföderation
(KRAS-IAA) (Конфедерация революционных анархо-
синдикалистов)*

Quelle: <https://wiensyndikat.wordpress.com>
Übersetzung: Wiener Arbeiter*innen-Syndikat

SERBIEN

Verwandeln wir kapitalistische Kriege in eine Revolution der Arbeiter*innen

Erklärung der Anarchosyndikalistischen Initiative (ASI-IAA)

*„Am Krieg beteiligt sich der Staat mit Kanonen, die
Reichen mit Ochsen und die Armen mit ihren Söhnen.
Wenn der Krieg vorbei ist, nimmt der Staat die Kanonen,
die Reichen ihre Ochsen und die Armen zählen ihre
Gräber.“ (serbisches Sprichwort)*

Die Kriege der kapitalistischen Mächte haben im Interesse ihrer herrschenden Klassen kürzlich eine neue Stufe erreicht. Während in diesen Tagen die USA Somalia bombardieren, Saudi-Arabien den Jemen angreift und Israel Bomben auf Syrien wirft, befinden sich in der Ukraine der NATO-Liebling Ukraine und Russland in offenem Konflikt. Wie in allen Kriegen, die im Interesse der herrschenden Klasse auf der ganzen Welt geführt werden, ist dabei die Arbeiter*klasse der größte Verlierer dieser Massaker.

Es ist offensichtlich, dass die Ausrichtung auf Erweiterung der NATO – des weltweit stärksten und aggressivsten Militärbündnisses – in der Ukraine, ebenso wie ihre Unterstützung des zweifellos nazifizierten Regimes, welches nach dem Putsch von 2014 in dem Land errichtet

wurde, das Motiv für Russlands Angriff auf die Ukraine darstellt, da die Interessen seiner herrschenden Klasse ernsthaft gefährdet waren.

Es ist ebenfalls offensichtlich, dass die USA in diesem Krieg nun die EU abstrafen, da diese grundsätzlich bereit war, trotz der Wirtschaftssanktionen mit Russland zusammen zu arbeiten. Dies sind die Verhältnisse zwischen den kapitalistischen und imperialistischen Mächten und so funktionieren sie.



CNT-AIT
<http://cnt-ait.info>



**Le capitalisme
c'est la guerre !
Capitalism is war !
Kapitalizm savaş üretir !
Kapitalizm şer e !
Kapitalismo estas milito !**

الرأسمالية هي الحرب !

سرمایه‌داری خود جنگ است !

קפיטליזם הוא מלחמה !

Doch Revolutionär*innen sollten nicht im Interesse irgendeiner kapitalistischen Vereinigung handeln, sondern im Interesse der Arbeiter*klasse. Es sollte dabei klar sein, dass – unabhängig von bestimmten Unterschieden zwischen ihnen, welche sie in diesem oder jenem Bereich besser aussehen lassen – allen kapitalistischen Kräften der Kampf gegen die Interessen der Arbeiter*klasse gemein ist.

Mit dieser neuen Stufe des kapitalistischen Krieges beginnt zudem eine neue Welle der Aufrüstung zwischen den blutrünstigen Kapitalist*innen. Viele Milliarden unseres Geldes wurden in diese Kriege und in die militärisch-industrielle Maschinerie gesteckt. Diese Politik wird von allen kapitalistischen Fraktionen verfolgt, unabhängig von ihrer Parteibindung.

Besonders betroffen sind wir davon, dass Deutschland als der Hauptinvestor in Serbien, dessen Handlanger*innen hier unser Schicksal bestimmen, nun in hohem Maße öffentlich aufrüstet und damit die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz von 1945 in Frage stellt.

Im Angesicht der Schrecken des Krieges kann man schnell Fehler begehen und hilflos nach Frieden rufen. Doch der kapitalistische Frieden ist kein Frieden. Dieser

„Frieden“ besteht eigentlich in einem Krieg gegen die Arbeiter*klasse unter verschiedenen Vorzeichen. In dieser Situation bedeutet eine konsequente anti-militaristische Position stattdessen, direkt den kapitalistischen Krieg beenden zu versuchen. Doch gleichzeitig muss die Kontrolle über das Land gewonnen und das sozial-ökonomische System radikal verändert werden – wofür es einen organisierten Klassenkampf braucht.

Unsere Organisation arbeitet in Serbien, einer wirtschaftlichen Kolonie der Europäischen Union, die aus einer Kombination geschichtlicher Umstände kein NATO-Mitglied ist. Jedoch beteiligt sich Serbien an den meisten Militärübungen und militärtechnischen Kooperationen mit der NATO, ohne Mitglied zu sein. Zudem ist es geographisch von Ländern umrundet, welche Teil dieser kriminellen Allianz sind und NATO-Funktionär*innen haben in allen serbischen Regierungen der letzten 20 Jahre mitgewirkt.

Da die Aufgabe aller Revolutionär*innen während aller kapitalistischen Kriege der Kampf gegen ihre herrschende Klasse und deren militärische Verbrechen ist, wird die *Anarcho-Syndikalistische Initiative* weiterhin in diesem Zusammenhang ihren Schwerpunkt auf den Widerstand gegen imperialistische und kapitalistische Kräfte in Serbien legen, auf welche die NATO momentan den größten Einfluss hat. Wir werden außerdem gegen alle Versuche kämpfen, den neutralen Status abzuschaffen und uns auf eine Seite im Krieg zu schlagen, der überall gegen die Bevölkerung geführt wird.

Gleichzeitig rufen wir die Soldat*innen aller Kriegsparteien auf, die Befehle ihrer Offizier*innen zu verweigern und die Verwaltung aller kapitalistischen Armeen handlungsunfähig zu machen. Wir rufen alle Bewohner*innen der kriegsführenden Staaten auf, Widerstand gegen den Krieg zu leisten und die militärischen Erfolge „ihrer“ Staaten so weit wie möglich zu sabotieren.

Es ist nötig, die Kontrolle über die Gesellschaft und die Produktionsmittel zu erlangen und sie den Versammlungen der Arbeiter*innen und Bewohner*innen zu übergeben. Nur auf diesem Wege können wir tatsächlich alle Kriege beenden und die Grundlage schaffen für eine wirklich freie und friedliche Welt ohne kapitalistische Sozialbeziehungen, Staaten und imperialistische Zerstörung.

Kein Krieg zwischen Nationen,
kein Friede zwischen Klassen!“

Belgrad, 01. März 2022,

[Anarcho-Syndikalistische Initiative](#)

(Sektion der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation)

<https://www.iwa-ait.org/content/lets-turn-capitalist-workers-revolution>

Übersetzung: ASN Köln (CC:BY-NC)



Wir sind fest davon überzeugt, dass nur eine soziale Revolution in der Lage ist, durch Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit eine andere, friedliche Zukunft aufzubauen.

In der Ukraine, im Jemen oder anderswo:
Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

25.02.2022,

CNT-AIT Frankreich,

<http://cnt-ait.info/2022/03/09/peace-to-the-cottages/>

Übersetzung: [ASN Köln](#) (CC:BY-NC)

FRANKREICH

Frieden den Hütten, Krieg den Palästen!

Die CNTf-IAA hat folgenden Aufruf veröffentlicht:

Der Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine ist nur die Folge eines grundsätzlich unmenschlichen, geopolitischen und wirtschaftlichen Systems.

Indem Bevölkerungen mittels des Nationalismus systematisch gegeneinander aufhetzt werden und indem der Kampf um die Macht und das Streben nach dem größten Gewinn zum höchsten Ziel all unseren Lebens benannt wird, vernichtet dieses System – bestehend aus dem Kapitalismus und dem Staat als seinem Verbündeten – jede Solidarität und drängt uns einen hektischen Individualismus auf.

Dies bringt Krieg und Grausamkeit hervor durch die Zerstörung des gesamten natürlichen Gleichgewichts (Klima, Artenvielfalt, usw.) und ist die Ursache für soziale Krisen (Hungersnöte, Ausbeutung von Rohstoffen, usw.).

Wir weigern uns die tödliche Logik anzuerkennen.

Wir stehen all den mutigen Widerständigen zur Seite, die in Russland oder Belarus trotz der sehr brutalen Polizeigewalt sich diesem Kriegswahnsinn entgegen stellen.

Wir sind solidarisch mit allen Deserteur*innen und wir rufen Europa dazu auf, seine Grenzen für alle zu öffnen, die flüchten oder sich dem Krieg verweigern.

RUSSLAND

Hintergründe zum Krieg in der Ukraine

*Die spanische Gruppe „Moiras“ hat ein Interview mit Anarchosyndikalist*innen aus Russland gemacht und am 13.03.2022 veröffentlicht. Das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat (WAS-IAA) hat den Text nun übersetzt:*

„Neben einigen Hintergrundinformationen ist vor Allem der klare Klassenstandpunkt bemerkenswert. In einer von kriegstreiberischem Rausch und Pro-NATO-Propaganda geprägten Zeit erscheint es uns extrem wichtig, dem nationalistischen Geheule wenigstens ein paar Informationen entgegenzusetzen und es tut gut, so eine derart klare Analyse zu lesen.“

KRAS-IAA über den Krieg in der Ukraine

Angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Ereignisse des Krieges in der Ukraine voranschreiten, und der bruchstückhaften, verworrenen und voreingenommenen Informationen, die uns durch die verschiedenen Medien erreichen, hat die ‚Gruppe Moiras‘ beschlossen, diese

Woche einige Fragen an die russische Sektion der IAA zu schicken, um eine libertäre Perspektive auf den Konflikt zu erhalten, die uns helfen wird, uns zu positionieren und Entscheidungen auf der Grundlage eines erweiterten Wissens zu treffen. Im folgenden Text sind diese Fragen zusammen mit den Antworten der KRAS, denen wir für ihre schnelle und klärende Antwort danken.

Moiras: In Ihrer Mitteilung an die IAA über den Krieg in der Ukraine nennen Sie die Gasmärkte als Hauptgrund für den Konflikt. Wir würden gerne mehr über die spezifischen kapitalistischen Interessen wissen, die hinter diesem Krieg stehen, sowohl auf der russischen Seite als auch auf der Seite der Pro-NATO-Länder, sowie über die jüngsten politischen Entwicklungen in Ihrer Region in Bezug auf diese Märkte und ihren Einfluss auf die Wirtschaft der westlichen Länder. In den hiesigen Medien, die sich sehr stark auf die täglichen Nachrichten konzentrieren, werden diese Informationen eher in den Hintergrund gedrängt und kaum analysiert.

KRAS: Zunächst einmal muss man verstehen, dass es verschiedene Ebenen von Konflikten und verschiedene Ebenen von interkapitalistischen Widersprüchen gibt. Auf regionaler Ebene ist der heutige Krieg nur die Fortsetzung des Kampfes zwischen den herrschenden Kasten der postsowjetischen Staaten um die Neuaufteilung des postsowjetischen Raums. Entgegen einem weit verbreiteten Mythos brach die Sowjetunion nicht aufgrund von Volksbefreiungsbewegungen zusammen, sondern aufgrund der Aktionen eines Teils der herrschenden Nomenklatura, die Gebiete und Einflussphären unter sich aufteilte, als die üblichen und bewährten Methoden ihrer Herrschaft in eine Krise gerieten.

Seit dieser anfänglichen Teilung, die auf den damaligen Machtverhältnissen beruhte, hat sich ein ständiger Kampf um die Neuaufteilung von Territorien und Ressourcen entwickelt, der zu ständigen Kriegen im gesamten postsowjetischen Raum geführt hat. Gleichzeitig haben die herrschenden Klassen in allen postsowjetischen Staaten (die alle auf die eine oder andere Weise aus der sowjetischen Nomenklatura oder ihren Nachfolgern hervorgegangen sind) einen militanten Nationalismus in der Ideologie, Neoliberalismus in der Wirtschaft und autoritäre Managementmethoden in der Politik übernommen.

Die zweite Konfliktebene ist der Kampf um die Hegemonie im postsowjetischen Raum zwischen dem stärksten Staat in der Region, Russland, das den Anspruch erhebt, eine Regionalmacht zu sein und den gesamten postsowjetischen Raum als Zone seiner hegemonialen Interessen betrachtet, und den Staaten des Westblocks (wobei auch hier die Interessen und Bestrebungen der USA und der einzelnen europäischen Staaten der NATO und der EU nicht unbedingt identisch sind). Beide Seiten versuchen, ihre wirtschaftliche und politische Kontrolle über die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu etablieren. Daraus ergibt sich der Konflikt zwischen der Osterweiterung der NATO und dem Wunsch Russlands, diese Länder unter seinem Einfluss zu sichern.

Die dritte Ebene der Widersprüche ist wirtschaftlicher und strategischer Natur. Es ist kein Zufall, dass das moderne Russland als ‚ein Anhängsel der Gas- und Ölpipeline‘ bezeichnet wird. Russland spielt heute auf dem Weltmarkt in erster Linie die Rolle eines Lieferanten von Energieressourcen, von Gas und Öl. Die räuberische und durch und durch korrupte herrschende Klasse, die in ihrem Wesen rein parasitär ist, begann nicht in die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur zu investieren, sondern begnügte sich mit den Superprofiten aus der Gas- und Ölversorgung. In der Zwischenzeit beginnen das westliche Kapital und die westlichen Staaten mit dem Übergang zu einer neuen Energiestruktur, der sogenannten ‚grünen Energie‘, die den Öl- und Gasverbrauch in Zukunft reduzieren soll.

Für das russische Kapital und seine Wirtschaft wird dies den gleichen strategischen Zusammenbruch bedeuten, den der Verfall der Ölpreise einst für die sowjetische Wirtschaft bedeutete. Der Kreml versucht daher, diese Energiewende zu verhindern oder zu verlangsamen oder zumindest günstigere Bedingungen für sich bei der Neuverteilung des Energiemarktes zu erreichen. Sie bemühen sich zum Beispiel um langfristige Lieferverträge und bessere Preise, drängen Konkurrenten aus dem Weg und so weiter. Erforderlichenfalls kann dies mit direktem Druck auf den Westen auf verschiedene Weise geschehen.

Die vierte (globale) Ebene schließlich sind die Widersprüche zwischen den wichtigsten kapitalistischen Großmächten, den sich zurückziehenden Vereinigten

Staaten und dem aufstrebenden China, um die sich Blöcke von Verbündeten, Vasallen und Satelliten bilden. Beide Länder wetteifern heute um die Vorherrschaft in der Welt. Für China ist Russland mit seiner ‚Neuen Seidenstraße‘-Strategie (Anm. [WAS]: ‚One Belt One Road‘), der schrittweisen Eroberung der Volkswirtschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie der Durchdringung Europas ein wichtiger Juniorpartner. Die Antwort der USA und ihrer Verbündeten im Westen ist die Osterweiterung der NATO, die sich über die Ukraine und Georgien dem Nahen und Mittleren Osten und seinen Ressourcen nähert. Dies ist auch eine Art von ‚Gürtel und Hosenträger‘-Projekt [‘Neue Seidenstraße‘]. Sie stößt auf den Widerstand der imperialistischen Konkurrenten China und Russland, die zunehmend von ihr abhängig sind.

Gleichzeitig sollte der innenpolitische Aspekt nicht außer Acht gelassen werden. Die Covid-Krise hat die tiefe innere Instabilität der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur aller Länder der Welt offenbart. Dies gilt auch für die Staaten des Westens, Russland, die Ukraine usw. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen, der Anstieg der Preise und der sozialen Ungleichheit, die massenhafte Empörung der Bevölkerung über Zwangsmaßnahmen und diktatorische Verbote führten zu einer breiten Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Und in solchen Situationen greifen die Herrschenden seit jeher auf bewährte Methoden zurück, um die berüchtigte ‚nationale Einheit‘ und das Vertrauen der Bevölkerung in die Macht wiederherzustellen: Schaffung eines Feindbildes und Aufpeitschen einer militärischen Hysterie bis hin zum „kleinen siegreichen Krieg“.

Moiras: In den Ländern der Europäischen Union wiederholen die Medien, im Einklang mit den Regierungen, immer wieder, dass Putin allein für diesen Krieg verantwortlich ist. Da wir die Erfolgsbilanz der NATO mit den Vereinigten Staaten an der Spitze kennen, glauben wir, dass dies nicht stimmt. Wie können wir dies unserer Bevölkerung erklären, ohne den Eindruck zu erwecken, dass wir den russischen Angriff rechtfertigen und uns auf die Seite der Putin-Regierung stellen?

KRAS: Leider neigt das öffentliche Massenbewusstsein dazu, einfache und grobe Antworten auf Fragen zu suchen. Wir haben keinen Grund, mit dem Besitzer des Kremls und seiner Verwaltung zu sympathisieren. Seine

neoliberale Politik hat zu einem regelrechten Zusammenbruch des Gesundheits- und Bildungssystems, zur Verarmung der RentnerInnen und der Beschäftigten des öffentlichen Sektors in der Provinz geführt. Die Löhne im Land sind ungeheuer niedrig, die ArbeiterInnenbewegung ist wirklich gelähmt ... Aber unabhängig davon verstehen wir, dass all dies ein Produkt eines bestimmten Systems ist, das auf dem Staat und dem Kapital basiert. Wir leben nicht im 17. Jahrhundert, nicht in der Ära der absolutistischen Monarchien. Alles, was in der Welt geschieht, als das Werk einiger weniger ‚Helden‘ oder ‚Anti-Helden‘ zu betrachten, ist gelinde gesagt naiv, aber in Wirklichkeit ist es eine Erscheinungsform der Verschwörungstheorie selbst.

Dies wurde im 19. Jahrhundert dem Romantiker Carlyle oder dem Schriftsteller Alexandre Dumas noch verziehen. Aber in unserer Zeit muss man verstehen, dass die Welt viel komplizierter ist und dass der Kapitalismus als soziales System anders funktioniert. Unsere Aufgabe ist es daher, den Menschen die systemische Bedingtheit der Probleme die die Welt heute erschüttern, zu erklären. Das gilt auch für die Kriege dieser Welt. Und dafür, dass die einzige Möglichkeit, diese Probleme zu lösen, darin besteht, jenes soziale System zu stürzen, das sie verursacht.

Moiras: Die Muster des Kalten Krieges werden reproduziert, und zwar so, dass es den Anschein hat, dass man auf der Seite der anderen steht, wenn man die eine Seite kritisiert. Das ist für AnarchistInnen sehr problematisch, vor allem wenn wir keine soziale Schlagkraft haben. Wir wollen handeln, aber wir haben Angst, von den Armeen der Staaten hineingezogen und benutzt zu werden. Bei den Demonstrationen, die in unseren Städten stattfinden, vermischt sich die Proklamation ‚Kein Krieg‘ mit der Forderung nach einer NATO-Intervention. Die mit der Regierung der spanischen sozialistischen Partei PSOE sympathisierende Presselandschaft stellt uns die Notwendigkeit einer Intervention dar, wobei sie manchmal eine historische Parallele zum spanischen Bürgerkrieg und den Folgen der Nichteinmischung der europäischen Länder oder der Beteiligung spanischer ExilantInnen in Frankreich, viele von ihnen AnarchistInnen, an der französischen Armee gegen die Nazis zieht. Was ist zu tun: Pazifismus und Nichteinmischung, wie es die Mehrheitsposition des Anarchismus im Ersten Weltkrieg

war, oder Unterstützung des ukrainischen Widerstands gegen die Invasion der russischen Truppen? Könnte diese zweite Option als internationalistische Aktion gegen den Imperialismus betrachtet werden?

KRAS: Aus unserer Sicht gibt es keinen Vergleich mit der Situation des Bürgerkriegs in Spanien und kann einen Solchen auch nicht geben. Die spanischen AnarchistInnen traten für eine soziale Revolution ein. Ebenso wenig kann man z. B. die Machno-Bewegung in der Ukraine mit der Verteidigung des modernen ukrainischen Staates vergleichen. Ja, Machno kämpfte gegen die ausländischen, deutsch-österreichischen Invasoren, gegen die ukrainischen Nationalisten, gegen die Weißen [Monarchist*innen] und schließlich gegen die Roten [Leninist*innen]. Die PartisanInnen der MachnowistInnen [Machnowschtschina] kämpften jedoch nicht für die politische Unabhängigkeit der Ukraine (die ihnen faktisch gleichgültig war), sondern für die Verteidigung ihrer revolutionären sozialen Errungenschaften: Für bäuerliches Land und die Verwaltung der Industrie durch die ArbeiterInnen, für freie Sowjets. Im gegenwärtigen Krieg geht es ausschließlich um die Konfrontation zwischen zwei Staaten, zwei Gruppen von Kapitalisten, zwei Nationalismen. Es ist nicht Sache der AnarchistInnen, das ‚kleinere Übel‘ zwischen ihnen zu wählen. Wir wollen nicht den Sieg des einen oder des anderen. Unser ganzes Mitgefühl gilt den einfachen ArbeiterInnen, die heute unter Granaten, Raketen und Bomben sterben müssen.

Gleichzeitig sollte man nicht vergessen, dass die meisten AnarchistInnen im Ersten Weltkrieg nicht einfach nur pazifistisch waren. Es wäre, wie es im Antikriegsmanifest von 1915 [[International Anarchist Manifesto On The War](#)] heißt, ein Weg, den imperialistischen Krieg in eine soziale Revolution zu verwandeln. Unabhängig von den Möglichkeiten, dies zum jetzigen Zeitpunkt zu erreichen, sollten AnarchistInnen unserer Meinung nach ständig eine solche Perspektive formulieren und propagieren.

Moiras: Andererseits erreichen uns im Internet Bilder von bewaffneten Gruppen, die sich als anarchistische Bataillone in der ukrainischen Armee ausgeben. Wissen Sie, ob das wirklich Anarchisten sind und wie sie den Konflikt sehen? Und was die Abhängigkeit von westlichen Waffen zur Bekämpfung des russischen Angriffs angeht, schränkt das nicht die Möglichkeit libertärer Bataillone in

der Armee oder einer unabhängigen ukrainischen anarchistischen Guerilla zu sehr ein? Wissen Sie, was von der Machnowschtschina, der anarchistischen Revolution von vor einem Jahrhundert, im Gedächtnis des ukrainischen Volkes geblieben ist? Gibt es heute eine anarchistische Bewegung in der Ukraine?

KRAS: 2014 war die ukrainische anarchistische Bewegung gespalten in diejenigen, die den liberal-nationalistischen Protest auf dem Maidan unterstützten und dann der neuen Regierung gegen die Separatisten im Donbass halfen, und diejenigen, die versuchten, eine internationalistischere Position einzunehmen. Letzteres gab es zwar, war aber leider seltener der Fall. Heute ist die Situation ähnlich, aber noch akuter. Im Großen und Ganzen lassen sich drei Positionen unterscheiden. Einige Gruppen (wie die ‚Nihilisten‘ und die ‚Revolutionäre Aktion‘ in Kiew) betrachten das Geschehen als einen Krieg gegen den russischen Imperialismus und die Diktatur Putins. Sie unterstützen den ukrainischen nationalistischen Staat und seine militärischen Anstrengungen in diesem Krieg voll und ganz. Das berühmte Foto der ‚anarchistischen‘ Kämpfer in Uniform zeigt genau die Vertreter dieser Tendenz: Es zeigt insbesondere die Fans des ‚antifaschistischen‘ Fußballvereins Arsenal und die Teilnehmer der ‚Revolutionären Aktion‘. Diesen ‚Antifaschisten‘ ist es nicht einmal peinlich, dass es unter den ukrainischen Truppen offen pro-faschistische bewaffnete Formationen wie Asow gibt.

Die zweite Position wird zum Beispiel von der Gruppe ‚Black Standard‘ [[Black Flag](#)] in Kiew und Lemberg [Lwiw] vertreten. Vor dem Krieg war sie eine scharfe Kritikerin des ukrainischen Staates, der herrschenden Klasse, ihrer neoliberalen Politik und des Nationalismus. Bei Ausbruch des Krieges erklärte die Gruppe, dass der Kapitalismus und die Machthaber auf beiden Seiten die Schuld am Krieg trügen, rief aber gleichzeitig dazu auf, sich den Kräften der so genannten ‚territorialen Selbstverteidigung‘ anzuschließen – freiwilligen Militäreinheiten der leichten Infanterie, die vor Ort auf territorialer Basis gebildet werden.

Die dritte Position wird von der Gruppe ‚Versammlung‘ [[Assembly](#)] in Charkiw vertreten. Sie verurteilt auch beide Seiten des Konflikts, obwohl sie den Kremlstaat für die gefährlichere und reaktionärere Kraft hält. Es wird nicht

dazu aufgerufen, sich bewaffneten Formationen anzuschließen. Die AktivistInnen der Gruppe organisieren derzeit Hilfe für die Zivilbevölkerung und die Opfer des Beschusses durch die russische Armee.

Die Teilnahme von AnarchistInnen an diesem Krieg als Teil der bewaffneten Formationen, die in der Ukraine operieren, betrachten wir als einen Bruch mit der Idee und der Sache des Anarchismus. Diese Formationen sind nicht unabhängig, sie sind der ukrainischen Armee unterstellt und erfüllen die von den Behörden festgelegten Aufgaben. Sie stellen keine sozialen Programme und Forderungen auf. Die Hoffnungen, unter ihnen eine anarchistische Agitation durchführen zu können, sind zweifelhaft. In der Ukraine gibt es keine soziale Revolution, die es zu verteidigen gilt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die sich selbst als AnarchistInnen bezeichnen, werden einfach geschickt, um ‚das Vaterland‘ und den Staat zu verteidigen, indem sie die Rolle des Kanonenfutters für das Kapital spielen und nationalistische und militaristische Gefühle in den Massen stärken.

Moiras: In unseren Städten organisieren die Gemeinden der ukrainischen Wanderarbeiter in Zusammenarbeit mit humanitären Organisationen und Stadtverwaltungen Sammlung und den Versand von Lebensmitteln, warmer Kleidung und Medikamenten in die Ukraine ... Die spanische Bevölkerung ist sehr hilfsbereit, aber weder der Krieg noch die Covid-Pandemie scheinen unseren Gesellschaften geholfen zu haben, ihre Abhängigkeit von Energieressourcen und Rohstoffen zu hinterfragen, eine Abhängigkeit, die den Neokolonialismus aufrechterhält und das natürliche Gleichgewicht des Planeten zerstört. Angesichts der Ressourcenknappheit ist eine Rückkehr zur Kohle und ein Vorstoß in die Kernenergie absehbar. Vielleicht ist sich die russische Gesellschaft der Gefahren und der Notwendigkeit von Alternativen bewusster? Gibt es einen Aktionsplan der sozialen Bewegungen in diese Richtung? Was sagen die KRAS und IAA dazu?

KRAS: Leider ist der Zustand der sozialen Bewegungen im heutigen Russland beklagenswert. Zwar gab es auch in den letzten Jahren mehrere aktive und anhaltende Umweltproteste auf lokaler Ebene: gegen Mülldeponien, Müllverbrennungsanlagen oder Umweltzerstörung durch die Bergbauindustrie, einschließlich des Kohleabbaus. Sie haben jedoch nie zu einer starken Bewegung auf landes-

weiter Ebene geführt. Was den Kampf gegen die Atomenergie und die Kernkraftwerke betrifft, der in der Sowjetunion und in Russland in den späten 1980er und 1990er Jahren seinen Höhepunkt erreichte, so gibt es heute praktisch keine solchen Aufstände mehr.

Moiras: Die Demonstrationen der RussInnen gegen den Krieg helfen den Menschen in Europa zu verstehen, dass es nicht ‚die Russen‘ sind, die die Ukraine angreifen, sondern die Armee des Staates, der Russland regiert. Dies spiegelt sich in den Medien unserer Länder wider und wir wissen, dass in Russland Tausende infolge der Demonstrationen verhaftet wurden. Wie wirkt sich dies auf den russischen Anarchismus aus, was bedeutet dies für Ihre Meinungs- und Aktionsfreiheit in Ihrem Land?

KRAS: Demonstrationen und verschiedene andere Aktionen gegen den Krieg haben seit dem ersten Tag nicht aufgehört. Tausende von Menschen nehmen an ihnen teil. Die Behörden verbieten sie unter dem Vorwand von ‚Anti-Kriegs-Restriktionen‘ und gehen brutal gegen sie vor. Insgesamt wurden bis zum 8. März bei Demonstrationen in mehr als einhundert Städten im ganzen Land rund 11.000 Menschen festgenommen. Den Meisten drohen Geldstrafen von 10.000 bis 20.000 Rubel für die Durchführung einer ‚nicht genehmigten‘ Demonstration. Es gibt jedoch bereits schwerwiegendere Anklagen: 28 Personen wurden bereits wegen ‚Rowdytums‘, ‚Extremismus‘, ‚Gewalt gegen die Behörden‘ usw. angeklagt, wofür sie mit bis zu mehreren Jahren Gefängnis bestraft werden können.

Die Behörden nutzen den Krieg eindeutig als Gelegenheit, die ‚Schrauben‘ innerhalb des Landes anzuziehen. Kritische Medien sind geschlossen oder blockiert. In den offiziellen Medien wird eine hysterische Kriegskampagne geführt. Es wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die Tätigkeit der Armee und die ‚Diskreditierung der Armee‘ sowie der Widerstand gegen die Polizei mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft werden. Dem Parlament liegt sogar ein Gesetzentwurf vor, nach dem verhaftete Kriegsgegner an die Front geschickt werden können. Menschen werden von ihren Arbeitsplätzen entlassen, StudentInnen werden von den Universitäten verwiesen, weil sie sich gegen den Krieg geäußert haben. Die Militärzensur wurde eingeführt.

In dieser Situation tut die kleine und gesplante anarchische Bewegung in Russland, was sie kann. Einige nehmen an Protestdemonstrationen teil. Dann wurden zwei unserer GenossInnen ebenfalls verhaftet und mit einer Geldstrafe belegt. Andere stehen diesen Demonstrationen kritisch gegenüber, da die Aufrufe dazu oft von der rechtsliberalen Opposition kommen und oft nicht so sehr gegen den Krieg als vielmehr für die Ukraine (und manchmal sogar für die NATO) sind. Es bleibt die Möglichkeit, mit ihren Slogans und Plakaten auf Demonstrationen zu gehen (einige AnarchistInnen tun dies) oder kleine, unabhängige und dezentrale Aktionen durchzuführen. AnarchistInnen schreiben Antikriegs-slogans an Wände, malen Graffiti, kleben Aufkleber und Flugblätter und hängen Antikriegsfahnen auf. Es ist wichtig, den Menschen unsere besondere und unabhängige, gleichzeitig kriegsgegnerische, antikapitalistische, antiautoritäre und internationalistische Position zu vermitteln.“

Original in Spanisch:

<https://grupomoiras.noblogs.org/post/2022/03/13/kras-ait-acerca-de-la-guerra-en-ucrania/>

Übersetzung aus dem Spanischen: WAS-IAA

(<https://wiensyndikat.wordpress.com/2022/03/15/kras-iaa-uber-den-krieg-in-der-ukraine/>)

[Anmerkungen: [ASN Köln](#)]

POLEN

Gegen den Krieg!

Die Basisgewerkschaft ZSP-IAA in Warschau hat Anfang April folgende Erklärung gegen den Krieg in der Ukraine veröffentlicht:

Vor über einem Monat brach der Krieg aus. Dies ist kein Konflikt gleichwertiger Kräfte – es ist klar, wer der imperialistische Aggressor ist und das Leben der Bevölkerung bedroht – sowohl der ukrainischen Bevölkerung als auch des Lebens Tausender russischer Wehrpflichtiger, die im Interesse der Regierung und der Oligarchie in den Krieg geschickt wurden. Wir akzeptieren keine Entschuldigungen für diesen Krieg, in dem die Arbeiterklasse nur

verlieren kann, sowohl in Russland als auch in der Ukraine. Die Reaktion auf den Imperialismus Russlands und die Interessen seiner oligarchischen Eliten, sowie die brutale Bombardierung der Zivilbevölkerung und den Zermürbungskrieg, war die Zunahme der nationalistischen und militaristischen Stimmung. Aus Angst um ihr Leben und ihre Sicherheit vergessen viele die Verbrechen des Imperialismus, solange es “unser” Imperialismus ist.

Viele sind bereit, die Anwesenheit von Neonazis zu akzeptieren, solange sie “unsere” Neonazis sind. Obwohl diese Angst verständlich ist, kann sie nur dazu führen, die Kriegsbefürwortung zu verstärken und das autoritäre Verhalten der Regierung nachhaltig zu stärken, was katastrophale Folgen für die Arbeiter*klasse haben wird.

Letztendlich sind die Zerstörung von Städten, Häusern und Arbeitsplätzen, die Millionen von Geflüchteten sogar ein Gewinn für die Rüstungsunternehmen und jene Kapitalist*innen, die den plötzlichen Zustrom verzweifelter Arbeiter*innen ausnutzen wollen, welche bereit sind, zu allen Bedingungen zu schufteten.

Indem wir uns dem Krieg widersetzen, stehen wir auf der Seite der Arbeiter*innen – unabhängig von ihrer Nationalität – in ihrem Kampf für ein menschenwürdiges Leben in Sicherheit und ohne Ausbeutung.

Związek Syndykalistów Polski – Związek Wielobranżowy

Quelle: <https://zsp.net.pl/przeciw-wojnii>

(korrigierte, automatische
Übersetzung: ASN Köln)

INTERNATIONAL

Der Kampf gegen den Krieg in Russland und der Ukraine

*Die „Konföderation revolutionärer Anarcho-Syndikalist*innen“ aus Russland hat Anfang April folgenden Text veröffentlicht:*

Der aktuelle militärische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat zu einem wahnsinnigen Anstieg des höchst ekelhaften und tief liegenden Nationalismus auf

beiden Seiten der Frontlinie geführt. In Russland wird dazu aufgerufen, den Feind zu „zerschlagen“, während in der Ukraine bis zum letzten Mann für das „Vaterland“ gekämpft werden soll. In beiden Staaten versucht die Propaganda den Feind so weit wie möglich zu „entmenschlichen“ und leider tappen viele einfache Leute in diese Falle, welche die Herrschenden eingerichtet haben. Sogar viele „Linke“ und „Anarchist*innen“, vergiftet mit patriotischem Mist, eilen bereitwillig herbei, um das Blutvergießen zu unterstützen.

Unglücklicherweise ist dies immer der Fall, wenn Kriege von Staaten geführt werden. Hierbei reicht es, an die Welle der Massenhysterie zu erinnern, welche am Vorabend und zu Beginn des Ersten Weltkriegs viele Länder ergriffen hatte. Doch einige Jahre später waren die Massen wütend angesichts des Elends, der Lügen und des Leidens. Und sie hätten beinahe der Welt aus Staat und Kapital ein Ende bereitet, welche die Kriege hervorgebracht hatte... Davon sind wir jetzt aber unendlich weit entfernt. Doch damals im August 1914 schien dies ebenso...

Um so mehr Aufmerksamkeit und Respekt verdienen nun die Aktionen der Bevölkerung in Russland und der Ukraine, die sich gegen Militär-„Operationen“, Kampfhandlungen, Zerstörung und Blutvergießen richten. Der vergangene Monat seit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine ermöglicht bereits einen kurzen Überblick über die Hauptformen und Methoden der Anti-Kriegs-Proteste.

Beginnen wir mit Russland: Hier hatten bereits am ersten Tag die Massendemonstrationen gegen den Krieg begonnen, welche für ein bis zwei Wochen ohne Unterbrechung stattgefunden haben. Zunächst fanden sie meist täglich und im ganzen Land statt. Alle waren illegal und wurden brutal aufgelöst. Zusätzlich zu den Versammlungen und Protestzügen auf den Straßen, wurden auch andere Methoden benutzt, wie Plakate aufhängen, Graffiti malen, Flugblätter und Aufkleber verteilen, sowie das Verteilen von Anti-Kriegs-Materialien.

In einer Reihe von Fällen wurden auch von Aktionen berichtet, deren Form radikaler war. Zum Beispiel warf die Studentin Anastasia Levashova am 24. Februar in Moskau einen Molotow-Cocktail auf die Polizei; ein Gericht verurteilte sie zu 2 Jahren Haft .

In der Nacht des 28. Februar wurde in Luchowizy bei Moskau ein Anmelde- und Rekrutierungsbüro des Militärs in Brand gesteckt. In St. Petersburg wurde ein Polizist mit einer Dose Pfefferspray angespritzt. In der Nacht des 01. März wurde in Smolensk in einer Polizeiwache Feuer gelegt.

In der Nacht des 03. März wurde in das Fenster eines Rekrutierungsbüros in Woronesch ein Molotow-Cocktail geworfen. Auch wurde berichtet, dass gegen eine Wand des Kreml zwei Molotow-Cocktails geworfen wurden. Ebenso wurde eine Polizeistation in Krasnojarsk in Brand gesteckt. am 05. März wurde in Berjosowski (Region Swerdlowsk) versucht, eine militärische Meldebehörde mit einem Molotow-Cocktail anzuzünden, ...

Die meisten dieser Proteste sind spontan. In einigen Fällen hatte die bürgerlich-liberale Opposition dazu aufgerufen. Und am 08. März gab es Aufrufe von feministischen Organisationen. Leider können nicht alle der Protestierenden als wirklich antimilitaristisch bezeichnet werden, also tatsächlich gegen alle Kriege gerichtet. Unter den Protestierenden (besonders unter den liberalen) gibt es viele Unterstützer*innen der Ukraine, sogar NATO-Sympathisant*innen wurden gesehen.

Die genaue Anzahl der Protestierenden ist nicht bekannt, aber zumindest die Zahl der Städte, in denen Demonstrationen stattfanden, und die Anzahl der während der Proteste verhafteten und von Repression betroffenen, lassen das Ausmaß erahnen. Insgesamt wurden in mehr als 100 Städten und Ortschaften Straßenaktionen durchgeführt. Nach Angaben von Menschenrechtsaktivist*innen hat die Polizei allein am 13. März etwa 15.000 Leute bei diesen Protesten festgenommen.

Nur ein paar von ihnen wurden einfach „nach einer Verwarnung“ freigelassen; über tausende Leute wurden Geldbußen oder Haftstrafen verhängt. Allein in St. Petersburg hatten die Gerichte bis zum 25. März 3.710 Fälle bearbeitet: 861 Leute bekamen Geldbußen, 2.456 müssen ins Gefängnis und 123 wurden zu Zwangsarbeit verurteilt.

Einigen Protestierende drohen noch schwerere Strafen wegen Kriminaldelikten. Die neuen Gesetze gegen das Verbreiten von „Falschinformation“ und „Beleidigung der Armee“ ermöglichen Strafen von bis zu 15 Jahren Haft. In

dem Monat seit Ausbruch der Kampfhandlungen wurden in Russland 60 Strafprozesse eingeleitet, die auf die eine oder andere Weise mit den Protesten in Verbindung stehen.

46 Leute wurden wegen Straftaten angeklagt (mit Ausnahme von Zweien, wegen zwei Vergehen). Neun von ihnen befinden sich in Untersuchungshaft, drei unter Hausarrest. Und zwei weitere Gerichte haben ein Verbot bestimmter Aktionen erlassen. Mindestens fünf der Angeklagten befinden sich außerhalb von Russland. Insgesamt gab es in 22 Regionen Russlands Anklagen: Adygeya, Tatarstan, Karelien, Moskau (Stadt), Ingu-schetien, St. Petersburg, Kemerowo, Tomsk, Tjumen, Belgorod, Wladimir, Moskau (Oblast), Tula, Swerdlowsk, Pskow, Samara, Rostow, Nowosibirsk (Oblast), Krim, Primorsky, Krasnodar und Trans-Baikal (Region).

Nach 14 Artikeln des Strafgesetzbuchs wurden Untersuchungsverfahren eingeleitet:

– zehn nach dem neuen Straftatbestand Artikel 207,3 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation wegen militärischer Falschmeldungen

– neun nach Artikel 2014 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation (Teil 2) wegen „von Hass motivierter Vandalismus“ (mindestens gegen drei Straßenkünstler*innen aus Moskau, Wladimir und Jekaterinburg)

– neun nach Artikel 318 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation (Teil 1) wegen der Anwendung von Gewalt gegen Beamt*innen

– zwei wegen des Vorwurfs der „Rechtfertigung von Terrorismus“ (in Kazan und Petrosawodsk)

Außerdem gibt es Untersuchungen wegen Fällen von Hooliganismus, Beleidigung von Behördenvertreter*innen, Aufruf zu extremistischen Handlungen, Aufruf zu Feindseligkeit, Lagerung von Munition, Anregung zu Aufständen und sogar Schändung von Leichen und deren Grabstätten.

In der Ukraine ist es nicht weniger schwierig, Anti-Kriegs-Proteste zu organisieren, als in Russland. Die Behörden haben begonnen die politische Opposition zu verbieten und zu verhaften, sowie Terrorgesetze zu erlassen (u.a. Strafen für „Kollaboration mit dem Aggressor“, „Plünde-

rung“ und „Hochverrat“, wofür es von 15 Jahren Haft bis zu Lebenslang droht). Zu dieser Repression kommt noch hinzu, dass angesichts der Kampfhandlungen keine Proteste möglich sind. Denn wie soll man zu einer Straßenaktion gehen, während überall russische Raketen und Granaten einschlagen, die eine unmittelbare Lebensgefahr darstellen? Jedoch scheint dies sogar dort möglich zu sein, wie der Gesamteindruck aufgrund einzelner Informationen nahelegt.



Eine der am weitesten verbreiteten Aktionen, welche sich gegen die Folgen des militärischen Konfliktes richten, sind sogenannte „Plünderungen“, die mehrfach aus unterschiedlichen ukrainischen Städten berichtet wurden. Natürlich können dazu eine Reihe von Vorfällen gezählt werden – von Banditentum, Mord und Raubüberfällen an der Zivilbevölkerung bis hin zu wirklichen Sozialprotesten, bei denen die Bewohner*innen der Städte und Ortschaften aus Mangel an Nahrung und Lebensmitteln einfach die Läden enteignen.

Solche „Enteignungen durch die Bevölkerung“ und „Hungeraufstände“ wurden sowohl aus Städten berichtet, die unter der Kontrolle der ukrainischen Behörden stehen, wie auch in solchen Städten, die von russischen Truppen kontrolliert werden.

Es gab seitens der Bevölkerung Versuche, das Eindringen der russischen Militärfahrzeuge in die Siedlungen aufzuhalten, um Zerstörungen zu verhindern. Zum Beispiel am 27. Februar in Korjukiwka (Oblast Tschernihiw), wo die Ortbewohner*innen auf die Straße gingen, um die russischen Panzer aufzuhalten, die Kolonne gestoppt haben und Verhandlungen begonnen haben. Das Ergebnis war eine Vereinbarung, dass das russische Militär nicht in die Stadt vordringen wird.

Am 26. März hat der Bürgermeister der ukrainischen Stadt Slawutytsch mit den russischen Truppen verhandelt, welche in die Stadt gekommen waren, und hat mit ihnen eine Entmilitarisierung vereinbart. Er versicherte ihnen, dass es keine Soldat*innen oder Waffen in der Stadt gäbe und überzeugte die Soldat*innen die Stadt zu verlassen. Das russische Militär erklärte, es „wird keine Häuser durchsuchen“, doch die Leute sollten freiwillig alle Waffen abgeben, die nicht zur Jagd benötigt werden. Die ukrainische Verwaltung von Slawutytsch konnte bleiben und die russische Seite versprach, ihr humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Andererseits gibt es Beweise, dass Bewohner*innen auch die Forderung gestellt haben, dass das ukrainische Militär sich nicht in Wohnbezirken aufstellen solle. Ein Video eines ähnlichen Protestes in Charkiw machte in sozialen Netzwerken die Runde.

Unabhängig davon sollte auch der Ungehorsam gegenüber Anordnungen, sowie Fahnenflucht auf beiden Seiten erwähnt werden. Leider ist es nicht möglich, den Wahrheitsgehalt vieler Gerüchte zu überprüfen, die verbreitet werden. Die Medien berichten über eine sinkende Moral und wenig Kampfbereitschaft bei russischen Armeeeinheiten, die in die Ukraine entsendet wurden.

Die ukrainische Seite behauptet, dass etwa 200 russische Marinesoldaten der 155. Brigade sich geweigert hätten, in der Militäroperation teilzunehmen, doch diese Aussage kann nicht bestätigt werden. Es gab auch Berichte über die Weigerung der auf der Krim stationierten 810. Marinebrigade, an einer Landung in der Region Odessa teilzunehmen.

Andererseits wurde gab es weitere, bruchstückhafte Berichte, die keine Bewertung des Ausmaßes dieses Phänomens ermöglichen. Die Mutter eines Soldaten, der in der Oblast Leningrad eingezogen wurde, berichtet darüber, dass ihr Sohn, wie viele andere zur Armee Einberufenen, gezwungen wurde einen Vertrag mit der Armee zu unterzeichnen.

Im Januar war eine Einheit nach Kursk geschickt worden und dann nach Belgorod, von wo aus sie dann zum Kämpfen in die Ukraine entsendet wurden. „Nach Angaben der Frau wurden die Soldaten in die Ukraine zum Kämpfen gebracht, aber einige weigerten sich und ihnen wurde mit dem Gesetz gegen Desertion gedroht.“

Albert Sakhigareev, ein Vertragssoldat aus Ufa, gab an, dass seine Brigade Ende Februar während eines Manövers in der Region Belgorod mit Maschinengewehren ausgerüstet wurde und sie den Befehl bekamen, von den Artilleriestellungen aus zu schießen, „wohin ihnen befohlen wurde“. Die Soldaten* begannen daran zu zweifeln, dass sie sich in einer Übung befänden, nachdem in ihre Richtung zurückgeschossen wurde.

Daraufhin hat Sakhigareev sich auf seinem Handy die Nachrichten angesehen und herausgefunden, dass russische Truppen in die Ukraine geschickt worden waren. Eine Woche später wurde er von einem Fähnrich geschlagen, verließ die Einheit und kehrte nach Hause in Ufa zurück. Wegen des Desertierens könnten ihm bis zu sieben Jahre Gefängnis drohen.

Zwölf Kämpfer der [Spezialeinheit] OMON weigerten sich gemeinsam mit ihrem Kommandanten Farid Chitaev die Krim zu betreten. Die Kämpfer der Nationalgarde begründeten ihre Weigerung damit, dass der Befehl gesetzeswidrig sei – keiner von ihnen sei über die Aufgaben und Bedingungen der „Spezialoperation“ informiert worden. Niemand wollte sich daran beteiligen und die Kämpfer wurden vom Dienst suspendiert. Auch OMON-Kräfte aus Ischewsk haben das Gebiet der Ukraine wieder verlassen und schriftlich gekündigt, nachdem ihre Einheit mit schwerem Gerät zerstört worden war.

Ende März bestätigte der ehemalige Präsident von Südossetien, dass einige in der Republik rekrutierten Soldaten an Kämpfen in der Ukraine teilgenommen haben und ohne Erlaubnis von der Front nach Hause zurückgekehrt sind. Es wurde berichtet, dass es sich um Kämpfer der Militärbasis der 4. Garde der Russischen Föderation handeln soll.

Auch in der Ukraine sind nicht alle wild darauf, „das Vaterland zu verteidigen“. Das zeigt sich anhand der Plakaten, die in den ersten Kriegstagen in Odessa gesehen wurden. Darauf hatte das Kommando der ukrainischen Streitkräfte in Weiß auf Schwarz gefragt: „Du willst nicht kämpfen? Das heißt, Du liebst Dein Land nicht.“ Natürlich belegt allein das Auftauchen solcher Agitation, dass es durchaus ein paar „nicht liebende“ Leute gibt.

Die Behörden der Ukraine haben eine Mobilmachung verkündet und lassen Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren nicht aus dem Land hinaus. Dennoch berichten Genoss*innen aus der Ukraine darüber, dass in Wirklichkeit diese großflächige Mobilmachung nicht wirkt, im Gegensatz zu 2014/2015 als massenhafte Hausdurchsuchungen bei Wehrpflichtigen üblich waren. In den ersten Wochen der Kämpfe wurde versucht, an Kontrollposten Einberufungen zu verteilen, aber das würde später verboten.*

Trotzdem versuchen viele Männer* vorsichtshalber die Grenzen zu Nachbarländern illegal zu überqueren. Ein ukrainischer Korrespondent der BBC sagte Ende März, dass am Grenzübergang Mohyliv-Podilskij nach Moldawien „jede Sekunde in fast jedem Auto Männer* im wehrpflichtigen Alter versuchen auszureisen, aber sie werden abgewiesen, was für allen dort eine klare Stellungnahme bedeutet. Ein Grenzschützer sagte mir, manche Autos drehen einfach um und in anderen wechseln die Frauen ans Steuer und die Männer steigen aus.“.

Nach Angaben eine*r Stellvertreter*in der Stadtrats von Mukatschewo in [der ukrainischen Oblast] Transkarpatien, überqueren für viel Geld täglich hunderte Männer* trotz des geltenden Kriegsrechts die Grenze zu den EU-Ländern. In Transkarpatien habe diese Schattenwirtschaft bereits industrielle Ausmaße angenommen. Die Kosten für ein Zertifikat und den Transport nach Polen liegen bei 2.000 Euro. In der Region Odessa liegen die Kosten bei 1.500 Dollar pro Person

Die Edition LIGA.net hat den „Markt“ untersucht und nennt Summen, die um das Dutzendfache höher sind. Mehr als Tausend Männer im wehrfähigen Alter wurden in den ersten drei Wochen des Krieges an der Grenze geschnappt, meldet der ukrainische Grenzschutz. Die vor dem Krieg Flüchtenden werden nach Polen, Rumänien und Moldawien geschickt, einige wenige auch nach Ungarn.

Natürlich können nicht alle Männer*, die versuchen das Land zu verlassen, einfach als Leute bezeichnet werden, die nicht kämpfen wollen. Es gibt viele reiche Leute unter ihnen, denn soviel Geld zu finden, um die Grenze zu überqueren, ist keine leichte Aufgabe. Manche verkaufen vielleicht alles, was sie haben, aber den Reichen kümmert das nicht. Sie beginnen und provozieren Kriege und

verstecken sich dann im Ausland, lassen dabei die einfachen Leute zum Sterben zurück oder lassen sie für sich morden. Doch das gilt auch für Teile der russischen „Elite“, die ausgewandert ist.

Bis zum 28. März wurden in der Ukraine über 340 Straftaten verzeichnet, welche „die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine unter Kriegsrecht beeinträchtigen“, davon etwa 100 wegen Hochverrat und Kollaboration. Mehr als 1.700 männliche* Bürger der Ukraine im wehrpflichtigen Alter wurden identifiziert, die verbotenerweise die Landesgrenze überschreiten wollten. Dies wurde von Tatyana Sapyan verkündet, Sprecherin der staatlichen Ermittlungsbehörde. Allein innerhalb eines Tages wurden Organisationskanäle zum Transport von Menschen über die Grenze in den Regionen Winnyzja, Czernowitz und Lwiw entdeckt.

In dem Versuch die Fahnenflucht zu unterdrücken haben die Behörden den Erlass Nr. 7171 in der Werchowna Rada [Parlament] beschlossen, der Männern* im wehrpflichtigen Alter mit bis zu 10 Jahren Haft droht, wenn sie während des Kriegsrechts illegal die Ukraine verlassen.

Schließlich berichten auch Bewohner*innen der separaten Republik Donezk von Zwangsrekrutierungen. Männer* werden direkt von der Straße eingezogen, sie bekommen Waffen und werden ohne Vorbereitung an die Front geschickt. Alle, die können, versuchen sich zuhause zu verstecken und gehen nicht vor die Tür. Das ist auch eine Art, sich dem Krieg zu verweigern!

KRAS-IAA

Quelle:

<https://aitrus.info/node/5941> (mit Links)

Übersetzung [und Anmerkungen]: ASN

RUSSLAND

Student*innen protestieren gegen den Krieg

In mehreren Städten der Russischen Föderation haben sich Oberschüler*innen und Studierende gegen den

Angriffskrieg auf die Ukraine ausgesprochen, berichtet die französische Basisgewerkschaft CNT-IAA.

Aus Jekatarinburg, Jaroslawl, Moskau, Novosibirsk und St. Petersburg werden über Telegram koordinierte Protestaktionen an Oberschulen und Universitäten gemeldet. Sie wenden sich gegen die militärische Durchsetzung der Oligarchen-Herrschaft unter dem Deckmantel des Nationalismus.

Aus Antimilitarismus und Pazifismus verweigert die Bewegung "Студентов против войны" ("Studierende gegen den Krieg") der Regierung ihre Unterstützung und ruft die schweigende akademische Gemeinschaft auf, der Hetzpropaganda zu widersprechen.

Mit öffentlich angebrachten Parolen, Bannern und Aufklebern versuchen sie die staatlichen Repression zu unterlaufen. Denn bereits die Worte "Nein zum Krieg" (Нет Войне) sind in Putins Diktatur verboten und Anlass für Polizeigewalt, Verhaftung oder Strafverfolgung.

Quelle:<http://cnt-ait.info>

FRANKREICH

Generalstreik statt Wahlkampf

Die Präsidentschaftswahl wird nichts Grundlegendes an den Produktionsverhältnissen und am Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft ändern, stellt die anarcho-syndikalistische CNT-IAA fest. Auch nach dem 25.04. wird alles wie vorher funktionieren, ob Metro, Arbeit, Alltag und Klimawandel.

Regiert zu werden bedeutet immer, man wird überwacht, bespitzelt, gelenkt, reguliert, verurteilt, indoktriniert, gepredigt, kontrolliert, berechnet, bewertet, zensiert, befohlen, unterworfen, geschlagen oder ausgebeutet.

Die Wahl ist sinnlos und ändert nicht das Kräfteverhältnis zugunsten der Ausgebeuteten. Massenhaft gleichzeitig die Arbeit nieder zu legen könnte hingegen die Wirtschaft bremsen, die Umweltverschmutzung stoppen und die Mächtigen in Panik versetzen, wie wir es bei den Gelbwesten und während Covid gesehen haben.

Höchste Zeit also, unser Leben wieder in die Hand zu nehmen und den Virus des Generalstreiks zu impfen und zu verbreiten, fordern Gewerkschafter*innen der CNT-IAA.

<http://cnt-ait.info/2022/04/17/virus-greve-generale/>

SPANIEN

Gewerkschaftsprotest gegen NetCheck

Schon mehrfach haben in der spanischen Hauptstadt die Mitglieder der CNT-IAA gegen die Entlassung ihres Genossen Enrique protestiert, der sich jahrelang für seine Kolleg*innen eingesetzt hatte, damit alle ihr Recht auf geregelte Arbeitszeiten und Urlaub wahrnehmen können. Auch gegen geschlechtliche Diskriminierung im Betrieb war er stets aktiv, bis er wegen seiner Gewerkschaftstätigkeit schließlich selbst gemobbt und gefeuert wurde.

Die CNT-IAA Madrid fordert daher die unverzügliche Wiedereinstellung des entlassenen Genossen und die Zahlung der ausstehenden Löhne. Das Unternehmen solle zudem seine aggressive Gewerkschaftsfeindlichkeit beenden und die unfähige Betriebsleitung müsse abgesetzt werden. Trotz Drohkulisse durch die Polizei und einen privaten Sicherheitsdienst, wurden seit Ende 2021 bisher zwei Kundgebungen in Madrid organisiert. Dabei wurde auch versucht Druck auf das spanische Straßenverkehrsamt DGT auszuüben, damit es keine öffentlichen Aufträge mehr an diesen ausbeuterischen Computer-Dienstleister vergibt.

Mit mehreren Kundgebungen vor Firmenniederlassungen in der spanischen Hauptstadt haben die Anarcho-syndikalist*innen außerdem auf die ethisch und moralisch fragwürdige Geschäftspraxis der Unternehmensleitung aufmerksam gemacht, welche an die ausbeuterischen Zustände in der Leiharbeit erinnern. Bereits Ende Februar 2022 hatte die Basisgewerkschaft mit einer landesweiten Aktionswoche gegen die Missstände in dem IT-Dienstleistungsunternehmen protestiert, das auch wegen Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit der rechtskonservativen Partido Popular kritisiert wird.

<https://sovmadrid.org/tag/netcheck>

ÖSTERREICH

Interview mit dem WAS

“1. Was ist das Wiener ArbeiterInnen Syndikat?”

Das WAS ist eine revolutionäre Gewerkschaft. Gewerkschaft deshalb, weil unsere Analyse die ist, dass dauerhafte Gesellschaftsveränderung nur über die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse geschehen kann. Sprich; die Demokratisierung der Produktion und Verteilung, sowie der Konsumption. Wir sind also eine anarchosyndikalistische Organisation. Das bedeutet, dass wir herrschaftsfreie Sozialist:innen sind.

2. Seit wann gibt es eure Organisation und wie positioniert ihr euch im internationalen Anarchosyndikalismus?

Als WAS kennt man uns seit 2011. Die Vorläuferorganisationen gab es in Österreich seit 2002. Wir waren jetzt 8 Jahre oder so "Freund:innen der IAA" und sind 2021 der Internationalen Arbeiter:innen-Assoziation als Vollmitglied beigetreten. Wir sind also jetzt die IAA-Sektion in Österreich, und direkt mit der CNT, SolFed, ZSP usw. föderiert. Besonders spannend sind die neuen Genoss:innen in Asien, wie die BASF mit ihren fast 4000 Mitgliedern in Bangladesh oder die Pakistanischen Genoss:innen, die ja mit der Unterstützung der Afghanischen Anarchist:innen im Spätsommer Extremes auf die Beine gestellt haben.

Die IAA wurde ja als Neugründung der 1. Internationalen dann zum Jahreswechsel 1922/23 offiziell ins Leben gerufen. Und dort sehen wir uns auch. Im Revolutionären Syndikalismus. Also weiterhin keine bezahlten Funktionär:innen, keine Betriebsratswahlen als WAS, kein Vertretertum, sondern aktive Arbeiter:innen, die sich mit anderen Arbeiter:innen zusammenschließen.

3. Die Freie Arbeiter:Innen Union und eine Reihe von anderen Gewerkschaften sind ja vor einigen Jahren aus der IAA ausgetreten und haben mit der International Confederation of Labour [ICL] eine eigene und damit zweite anarchosyndikalistische Internationale gegründet. Jetzt ohne zu stark auf den Konflikt selbst einzugehen, denn

das würde hier sicherlich den Rahmen sprengen, wie hat sich die Internationale Arbeiter:innen Assoziation [IAA] seitdem eurer Einschätzung nach entwickelt?

Ja, der Konflikt ist echt nicht schön. Gerade in Spanien dürfte es da Manchen wirklich um Vernichtung gehen. So hat die CNT-CIT 19 Syndikate unsererer CNT-IAA auf insgesamt 950.000 Euro geklagt. Die 3 Sektionen wurden übrigens ausgeschlossen und sind nicht ausgetreten. Uns als WAS hält das nicht davon ab, mit einzelnen Syndikaten solidarisch zu sein, so haben wir die FAU-München tatkräftig beim Arbeitskampf gegen Walther König unterstützt. Die IAA entwickelt sich unsererer Meinung nach in die richtige Richtung. Es gibt ein gesundes Wachstum, wir sind jetzt in 21 Ländern aktiv. Gerade die neuen Genoss:innen in Asien sind eine Bereicherung und teilweise echte Massenorganisationen. Es wäre gut, wenn es auch in Deutschland demnächst wieder eine IAA-Sektion gibt. Entwicklungspotential und Platz genug wäre ja für mehrere Organisationen (lacht). Die IAA feiert übrigens dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Sie wird sicher auch ihr 200-Jähriges als aktive Föderation feiern.



4. Welche Arbeitskämpfe führt ihr grade und wie ist der Stand dieser Kämpfe?

Puh, was haben wir gerade alles, ...

Zuerst mal ein jüngst gewonnener Kampf, zwei Genoss:innen aus Griechenland haben für einen Unternehmer in einer Waldviertler Kleinstadt geputzt, und wurden nicht korrekt bezahlt. Das ganze Geld von September und Oktober ist jetzt im Februar endlich überwiesen worden - wir veröffentlichen bald was zu dem

Fall. Dann bereiten wir uns auf einen Fall vor, wo ein Kollege vom Chef angeklagt wird, weil er im Dienst ein Auto beschädigt hat. Das Dienstnehmerhaftpflichtgesetz schließt aber Haftungen aus, so lange nichts fahrlässig passiert ist. Der Chef klagt halt jetzt und wir müssen zum Arbeitsgericht.

Dann haben wir ein paar "Kleinigkeiten" am Laufen, einen "linken Club" der einem Mitglied von uns seine paar Hunderter Gage vorenthält - obwohl die Bude gerammelt voll war -, weil der Bassverstärker eingegangen ist. Dann die Müllabfuhr, wo wir weiterhin die Kolleg:innen informieren werden, was in ihrer Bude alles ungesetzlich läuft, obwohl unser Mitglied dort schon nicht mehr arbeitet. Dann haben wir noch zwei Corona-Verwaltungsanzeigen wegen dem 1. Mai, wo die Kiwara ja, nachdem sie alle 2-3000 Menschen durch den Votivpark geprügelt und gepfeffert haben, alle 450 Verbliebenen mit erfundenen Corona-Maßnahmenübertretungen bestraft haben. Mal sehen, ob die Magistratischen Bezirksämter unseren Einsprüchen stattgeben, oder ob wir Beschwerden beim Landesverwaltungsgericht einlegen müssen. [...]

5. Wie würdet ihr den Stand klassenkämpferischer, antiautoritärer Strukturen im allgemeinen gerade in Österreich und speziell in Wien beschreiben?

Schwierig (lacht). Es gibt kaum herrschaftsfreie Organisationen. Wir haben 40 Jahre autonome Verwässerung hinter uns, die sich halt in viel Aktivismus und schräger Identitätspolitik manifestiert. Das heißt, es gibt viel universitär geprägten Aktionismus, aber wenig Bewusstsein, dass man Arbeiter:innenklasse ist, und auch wenig Bezug zum eigenen realen Leben.

Aber nur jammern wäre auch falsch. Es ist schon zu merken, dass das Klassenbewusstsein generell auch im anarchistischen Kontext langsam aber stetig steigt. Beispielsweise nennen sich jetzt sehr Viele wieder "Genoss:innen", während das in den späten 90er-Jahren noch unmöglich war und man auf Demonstrationen noch regelmäßig *"Arbeiterklasse wie ich dich hasse"*-Sprechchöre von Autonomen hörte.

6. Wie hat sich eure Organisation im Kontext der Corona-Situation entwickelt?

Das ist sehr ambivalent. Einerseits sind der Großteil der Kämpfe, die wir die letzten beiden Jahre geführt haben, aufgrund der Corona-Situation entstanden. Aber wir spielen halt viel zu oft "Feuerwehr" und erreichen zu wenig dauerhafte Selbstorganisation. Bisher haben wir jeden realen Arbeitskampf, den wir begonnen haben, auch gewonnen, aber die Passivität von Belegschaften bleibt, und ökonomische Organisation mit Kolleg:innen passiert derzeit zu wenig. Das heißt, wir werden zwar schon sehr breit wahrgenommen (wir haben mehrere hundert Mail- und Telefonkontakte pro Monat mit "Externen"), und auch dass wir eine Gewerkschaft sind hat uns seit zwei Jahren niemand mehr versucht abzusprechen, aber das Bewusstsein, dass wir organisiert und vorbereitet zielgerichtet gemeinsam handeln müssen, um real die Gesellschaft zu verändern, ist noch nicht wirklich verankert. Wir sind derzeit zwar nachhaltig von der Gefahr, als subkulturelle Bezugsgruppe missverstanden zu werden, befreit, und wir haben auch endlich gleich viel Frauen wie Männer als Mitglieder, dafür stehen wir jetzt - wie jede wachsende Organisation - vor dem Problem, dass uns zu viel "Service" abverlangt wird, und wir auf "Sparte - Jobprobleme" beschränkt werden.

Intern hat die Corona-Situation auch vieles verkompliziert. Es kommen teilweise sehr wenig Menschen zu Vollversammlungen. "Online" wollen wir uns intern nicht antun, das klappt überhaupt nicht. Text-Chats sind zu langwierig und führen nicht zu gemeinsamen Vorgehen, Videokonferenzen können viele gar nicht und die paar mal, die wir "Zuschaltungen" probiert haben, waren mega-anstrengend und individualisiert. Nach außen Online aufzutreten ist sowieso ein Witz und endet immer im Mitspielen im Kampf der Aufmerksamkeitsökonomie. Wenn Du so willst als Teil des "Spektakels". Das spielt's mit uns eh nicht. Wir haben ja auch alle "Sozialen" Medien vor Jahren schon abgeschafft, weil sie keinerlei reale Auswirkungen hatten.

Zum Glück konnten wir uns immer, auch in allen Lock-downs, real treffen, wenn es auch sehr kalt war manchmal, weil wir dauergelüftet haben oder gleich draußen um die Feuerschale gesessen sind wie im Jänner wo wer Kontaktperson war (lacht).“

Das vollständige Interview findet ihr auf der Webseite <https://anarchismus.de>

ÖSTERREICH

Gewerkschaft gewinnt gegen Reinigungsfirma

„Weiterer Arbeitskampf gewonnen:
Fehlendes Gehalt bei Reinigungsfirma erstritten

Das Wiener ArbeiterInnen-Syndikat kann einen weiteren schönen Erfolg vermelden. Zwei ArbeiterInnen aus Griechenland, die in Österreich in der Reinigungsbranche beschäftigt waren, haben nun fehlende Teile ihres Gehalts nachbezahlt bekommen.

Das Folgende ist eine Geschichte, die (ähnlich zum Fall Seamox/SThree) viel mit globalisiertem Kapitalismus und der besonders prekären Situation von ausländischen Arbeitskräften in Österreich zu tun hat. Unsere beiden GenossInnen aus Athen kamen Ende August 2021 in die niederösterreichische Kleinstadt Zwettl, um dort für eine Reinigungsfirma zu arbeiten, auf die sie über eine griechische Online-Jobbörse aufmerksam wurden.

Für diese Firma arbeiteten Beide in einem Hotel in der Nähe von Zwettl als Putzkräfte. Die Bedingungen im Hotel waren für die KollegInnen aus Griechenland akzeptabel, doch mit der Reinigungsfirma gab es mehrere Probleme. Das war zum einen das Verhalten des Bosses, der oft an freien Tagen und in ihrer Freizeit, teilweise zu unmöglichen Zeiten Kontakt aufgenommen hat, weil er irgendwas wollte.

Ein weiteres Problemfeld ergab sich, als der Firmenchef Geld verlangte, weil Kratzer an dem Auto waren, mit dem unsere GenossInnen zur Arbeit fahren mussten. Gemäß Dienstnehmerhaftpflichtgesetz (DHG) ist jedoch eine Haftung der DienstnehmerIn „für eine entschuldbare Fehlleistung“ ausgeschlossen. Insofern gibt es in diesem Fall keine Möglichkeit auf Schadenersatz für die Reinigungsfirma durch die KollegInnen.

Nachdem der Firmenbesitzer seine ehemaligen Beschäftigten wiederholt mit dieser Forderung belästigt hat, haben die beiden das WAS kontaktiert – mit der Frage nach Zusammenarbeit in Rechtsangelegenheiten. So wurden wir diesmal auch über die Grenzen unserer Stadt hinaus aktiv!

Das war aber allein schon logistisch eine gewisse Herausforderung, da es seit über 10 Jahren keinen Schienenpersonenverkehr ins rund 120 Km entfernte Zwettl mehr gibt, und wir in Wien wiederum keine Autos haben. Insofern war die Ausgangssituation zuerst, dass wir nicht nach Zwettl, und die ArbeiterInnen von dort nicht weg konnten, da eine Reise mit dem Bus von Zwettl nach Wien allein 52 Euro kosten würde!

Mit etwas Aufwand haben wir schließlich doch ein Auto aufstellen können, und sind ausnahmsweise die 120 Kilometer nach Zwettl gedüst. Mit fünf Rechtsbüchern, einer Gesetzessammlung und dem Laptop im Gepäck haben wir vor Ort zu dritt kurzerhand ein mobiles Gewerkschaftsbüro im Aufenthaltsraum der Unterkunft der HacklerInnen eingerichtet. Was, nebenbei bemerkt, auch Aufsehen bei etlichen anderen Saisonkräften vor Ort erzeugt hat. Einem Slowakischen Arbeiter konnten wir sofort eine Erstinformation auf seiner Erstsprache geben, indem wir kurzerhand die GenossInnen der Priama Akcia (unsere slowakische Schwestergewerkschaft) angerufen und das Telefon weitergereicht haben.

In der folgenden Recherche, welche wir gemeinsam mit den griechischen ArbeiterInnen gemacht haben, kam heraus, dass der Chef nicht nur unrechtmäßige Forderungen erhoben hat, sondern auch die Lohnabrechnung falsch war und Teile des Gehalts fehlten! Konkret ging es darum, dass die Überstundenzuschläge nicht bezahlt wurden, ebenso wenig wurden anteiliges 13. und 14. Monatsgehalt sowie nicht konsumierte Urlaubstage ausbezahlt.

Das WAS schrieb anschließend einen Brief an den Firmenbesitzer, in welchem wir ihn über die gesetzliche Lage informierten und aufforderten, die fehlenden Gehaltsbestandteile auszuzahlen. Nach einigem Hin und Her, einem weiteren Brief sowie mehreren Telefonaten, willigte er schließlich ein, zu zahlen. Nun ist der fehlende Teil des Gehalts tatsächlich an unseren GenossInnen in Griechenland überwiesen worden!

Wir sehen diesen Arbeitskampf somit als erfolgreich abgeschlossen an. Es ist hierbei besonders anzumerken, dass wir in diesem Fall keinerlei Vertretung- oder staatliche Strukturen involviert haben und beispielsweise nicht vor das Gericht in Krems ziehen mussten, da der Boss letztlich doch Vernunft angenommen hat. Grundsätzlich ist

es nämlich möglich, in der 1. Instanz bei Arbeitsgerichten mit Vollmacht für jemand anderen zu klagen. Darauf haben wir uns auch bereits aktiv vorbereitet, um ausnahmsweise unseren Leuten in Athen „remote“ zu ihrem Geld zu verhelfen, da es durch die Sprachbarriere und die Reisekosten einfach unmöglich für sie gewesen wäre. Der diesbezügliche Austausch im Vorfeld über die Problematiken von Gerichten und speziell von Vertretungen war von außerordentlichem Bewusstsein sowie Gleichberechtigung geprägt, was uns die Entscheidung, diesen Schritt notfalls zu gehen, überhaupt erst ermöglicht hat. Gleichzeitig zeigt sich, dass Solidarität auch über Stadt-, Länder- und Sprachgrenzen hinweg sehr erfolgreich sein kann. Insgesamt waren es rund 3300,- Euro, die wir erkämpft haben!

Gerade der Fremdenverkehr ist eine Branche, in der oft extreme Ausbeutung der ArbeiterInnen vorherrscht, ermöglicht durch die vermeintliche Hilflosigkeit und Vereinzelung von hauptsächlich migrantischen und fast immer nur saisonal angestellten Arbeitskräften, die die Landessprache nicht sprechen. Insofern freuen wir uns, dass dieses Muster diesmal nicht funktioniert hat, und wir uns gemeinsam mit unseren GenossInnen erfolgreich dagegen gewehrt haben.

In diesem Sinne:

Hoch die internationale Solidarität!“

Artikel veröffentlicht am 10.03.2022 auf
<https://wiensyndikat.wordpress.com>

ÖSTERREICH

Ärger in der Wiener Elementarpädagogik

„Ein WAS Mitglied hat aus Klassensolidarität an der Demonstration der ElementarpädagogInnen am 29. März teilgenommen. Leset im Folgenden seinen Bericht. Bei den Beschäftigten in den Kindergärten, Horten und bei der Freizeitbetreuung herrscht dicke Luft. Die Arbeitsbelastung war immer schon hoch, Der Lohn und das Ansehen gering. Die Corona-Pandemie hat die Lage nochmal zusätzlich verschärft.

Deswegen gingen die Arbeiter*innen der privaten Einrichtungen in Wien bereits im Oktober auf die Straße, um kleinere Gruppen, mehr Personal, mehr Lohn, mehr Vorbereitungszeit, etc. zu fordern.

Am Dienstag, dem 29. März gab es den nächsten Aktionstag, der von der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) ausgerufen wurde. Am Vormittag gab es eine Demo vom Votivpark zum Heldenplatz, die gleichzeitig eine Betriebsversammlung im öffentlichen Raum war. Erstaunliche 8000 Menschen nahmen daran teil. Das ist deswegen so beachtlich, weil es in diesem Bereich nur etwa 8000 Beschäftigte gibt. Selbst wenn mensch die eher geringe Unterstützung von außen in Betracht zieht und die Teilnehmer*innenzahl für leicht übertrieben hält, haben zumindest $\frac{3}{4}$ aller Arbeiter*innen in dem Bereich an der Betriebsversammlung teilgenommen!“

Der ganze Bericht steht im Blog des Wiener Arbeiter*innen-Syndikats <https://wiensyndikat.wordpress.com>

ÖSTERREICH

Arbeitskampf bei der Wiener Secession beendet

Die Basisgewerkschaft WAS-IAA verkündet mit einem kritischen Rückblick ein Ende des monatelangen Arbeitskonfliktes in der weltberühmten Ausstellungshalle. Sie habe „[a]nsehnliche reformistische Verbesserungen erzielt“, doch die Revolution müsse noch warten:

„Mit einem lachenden und einem weinenden Auge stellen wir vorerst alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Secession ein. Einerseits schuldet die Secession ihren HacklerInnen weiterhin tausende Euro, andererseits wurden aber auch tausende Euro erfolgreich erkämpft und ernsthafte Strukturänderungen im Museum in Gang gesetzt.“

Den ganzen Bericht findet ihr auf dem WAS-Blog: <https://wiensyndikat.wordpress.com/>

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN

Nein zum Krieg in der Ukraine

Auf dem Roncalliplatz am Dom versammelten sich am Sa 19.03. hunderte Menschen, um gegen den russischen Angriff auf die Ukraine zu protestieren.

Ein Antikriegsbündnis aus linken und pazifistischen Gruppen hatte dazu aufgerufen unter dem Motto *"Weder Russland, noch NATO sind einer Alternative - Militarisierung stoppen, Solidarität aufbauen"*.

Neben Redebeiträgen zu den historischen Hintergründen dieses Angriffskrieges wurde auch die Rüstungsindustrie in Deutschland kritisiert, sowie dessen Zusammenhänge mit kapitalistischer Ausbeutung, staatlicher Herrschaft und patriarchaler Unterdrückung dargestellt.

Eine kleinere Demonstration, auf der erfreulicherweise keine Nationalfahnen gezeigt wurden, zog anschließend durch die Innenstadt bis zum Neumarkt. Dort wurde auch dazu aufgerufen, sich an den regionalen Ostermärschen der Friedensbewegung zu beteiligen, beispielsweise an der Demo gegen Aufrüstung am 16.04. (beim Deserteursdenkmal am Appellhofplatz).



Bereits am 03.03. hatte die Klima-Gerechtigkeitsbewegung "Fridays for Future" gegen den Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Republik Ukraine protestiert. Dabei ging es in den Reden vor über 1.000 Leuten nicht nur um eine Ablehnung des mörderischen Einmarsches. Sondern auch darum, diesen und andere imperiale Kriege vor dem Hintergrund der Verteilungskämpfe im fossilen Kapitalismus zu betrachten.

Auch die Abhängigkeit Deutschland von russischem Erdgas und Öl, sowie die Militarisierung der Außenpolitik der rot-grün-(neo)liberalen Bundesregierung wurde angeprangert. Zudem wurde die rassistische Abschottung der EU gegen nicht-weiße Flüchtlinge kritisiert, da derzeit die Grenzen zwar für Ukrainer*innen geöffnet wurden, aber nicht für andere Geflüchtete, vor allem aus Krisenregionen im globalen Süden.

Einige auf der Kundgebung am Heumarkt und auf der Demo durch die Stadt gestellte Forderungen richteten sich gegen Waffenlieferungen an Kriegsparteien, aber für humanitäre Hilfe, Boykott und antirassistische Solidarität, auch mit Deserteur*innen.

KÖLN

Friedensprotest gegen russischen Wohnungsleerstand

Vor den seit Jahren leerstehenden Häusern im Besitz der Russischen Föderation, die sich u.a. im Stadtteil Sülz befinden, haben am 12.03. rund 50 Demonstrant*innen für eine Nutzung durch Kriegsflüchtlinge und Wohnungslose protestiert.

Mit Redebeiträgen und Livemusik forderten sie die sofortige Vergesellschaftung dieses Staatsbesitzes als Maßnahme gegen den russischen Angriffskrieg und dessen katastrophale humanitäre Folgen.

Zuvor hatten Aktivist*innen an einem der Wohnhäuser in der Friedrich-Engels-Str. 3-7 bei einer symbolischen Besetzung Transparente angebracht mit der Forderung: "Nieder mit den Waffen! Her mit den Schlüsseln!". Vor Beginn der Kundgebung hatte die zahlreich erschienene Polizei diese Banner jedoch bereits wieder entfernt und

das Gebäude abgesichert. Aber es sind auch in andere Adressen bekannt gemacht worden, an denen die kriegsführende Russische Föderation in Köln Leerstand weiterhin verursacht, während dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt wird.

KÖLN

Solidarität mit allen Kriegsflüchtlingen

Ein antirassistisches Bündnis hat am Sonntag 06.03. eine Friedenskundgebung im Stadtteil Mülheim abgehalten, um "angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Ukraine" die ungeteilte Solidarität mit allen Kriegssopfern und Flüchtenden aus der Ukraine auszudrücken.

Etwa 70 Leute versammelten sich auf dem Wiener Platz unter dem Motto "Köln gegen Rassismus an den ukrainischen Grenzen". Dabei wurde vor allem die systematische Ungleichbehandlung von Nicht-Weißen an der EU-Außengrenze angeprangert. Auch die Aufnahme von Geflüchteten aus anderen Kriegsgebieten, wie Afghanistan, Äthiopien, Jemen und Syrien, wurde gefordert.

Denn humanitäre Hilfe und ungeteilte Solidarität sind dringend nötig, da die Festung Europa an ihrer rassistischen Abschottungspolitik festhält und ihre Grenztruppen und Polizeikräfte weiter aufrüstet, ebenso wie das Militär. Außerdem ist es auch wichtig, dass desertierte Soldat*innen vor drohender Bestrafung gerettet und als Kriegssopfer unterstützt werden.

KÖLN

Protest gegen rechte "Corona- maßnahmen-Kritiker*innen"

Immer montags treffen sich abends Antifaschist*innen auf dem Heumarkt, um wiederholt gegen den wöchentlichen, als "Spaziergang" getarnten Aufzug aus Ablehnung der Pandemiemaßnahmen durch "Köln ist aktiv" und anderen selbsternannten „Querdenker*innen" zu protestieren.

Denn nicht nur einige der Organisator*innen sind seit Jahren in rechten Netzwerken verankert und verbreiten rassistische Hetze. Auch sind regelmäßig mehrere Parteimitglieder von AfD und „Die Rechte“, sowie Reichsbürger*innen und Nazi-Hooligans mit dabei, wenn es gegen die von ihnen verhasste Regierungspolitik geht. Ungestört bewegen sie sich zwischen den mittelständischen Bürger*innen, die zahlreiche Nationalfahnen schwenkend mit Friedenstauben, Luftballons und Licherketten dekoriert durch die Innenstadt ziehen.

Dagegen findet seit Anfang 2022 (zuerst am Neumarkt und nun in der Altstadt) jede Woche eine kleine Kundgebung zur Aufklärung über diese rechte Mobilisierung statt. Mit "Roten Karten", antirassistischen Plakaten, Protest-Schirmen, Antifa-Fahnen und Musik zeigen sie ihre Ablehnung dieses Querfront-"Spaziergangs". Wenn die Impfpflicht- und Masken-Gegner*innen der rechten Propaganda-Truppe folgend zu Hunderten durch die Innenstadt bis zurück zum Dom ziehen (und dabei meist weder Masken tragen, noch Abstand halten), werden sie regelmäßig von der bewaffneten Staatsmacht begleitet, die sie vor möglichen Blockadeversuchen antifaschistischer Gegendemonstrant*innen schützt.

Um diese Putin-freundlichen "Diktatur"-Gegner*innen zu provozieren und sich mit den Opfern des Angriffskrieges zu solidarisieren wurde von dem Gegenprotest auch eine große blau-gelbe Flagge mit dem Schriftzug #standwithukraine am Heumarkt aufgehängt. Denn bei den "Querdenker*innen" werden nämlich neben mehreren Friedens- und Deutschland-Fahnen auch immer wieder russische Flaggen gezeigt. Außerdem wird von den Verschwörungsgläubigen, die sich über Telegram-Chats mobilisieren, auch regelmäßig antisemitische Hetze verbreitet, was die Polizei ebenfalls nicht interessiert.

KÖLN

Mindestlöhne in der Kritik

Auch wenn ab Juli 2022 der gesetzliche Mindestlohn auf 10,45 Euro pro Stunde steigt und im Oktober auf 12 Euro angehoben wird, gibt es einige Bedenken: Einerseits bedeutet eine Entgelterhöhung um 63 Cent keine wirkliche Steigerung der Lebensqualität für die ca. 6 Millionen

Betroffenen im Land. Zumal die Kaufkraft der Niedriglohn-Abhängigen durch die jetzige Inflationsrate von mehr als 7 % weiter sinkt.

Andererseits stellen die Regierungspläne zur Anhebung der Minijob-Grenze auf 520 Euro im Monat ebenfalls eine Armutsfalle für viele Teilzeit-Arbeitenden dar. Ohnehin gibt es bei der Lohnuntergrenze viele Ausnahmen: ungelernte Jugendliche, Auszubildende, Langzeit-Erwerbslose, Praktikant*innen, sowie in Behindertenwerkstätten.

Doch in einigen Bereichen gelten höhere Branchen-Mindestlöhne, z.B. Pflege, Elektrohandwerk oder Gebäudereinigung. "Zeitarbeiter*innen", die nach dem EuGH-Urteil bis zu 5 Jahre verliehen werden dürfen, schufteten ab April für 10,88 Euro/h. Diese Ungleichheit spaltet die Belegschaften noch weiter. Und "arm trotz Arbeit" bleibt keine Ausnahme!

KÖLN

Globaler Klimastreik

Bereits zum 10. Mal fand in zahlreichen Ländern gleichzeitig ein globaler Klimastreik der For-Future-Bewegung statt. Diese ist längst über einige engagierte Schüler*innen hinaus gewachsen und zu einer alters-übergreifenden, internationalen Kampagne für weltweite Klimagerechtigkeit geworden. Die andauernde Corona-virus-Pandemie hat zwar den Schwung der Mobilisierungen zeitweise ausgebremst, aber trotzdem kamen an diesem sonnigen Frühlingstag tausende Menschen zu einer Kundgebung und Demonstration in Köln-Deutz zusammen. Hunderte Protestierende beteiligten sich auch an der dort gestarteten Fahrradtour durch die angrenzenden Stadtteile.

Bei diesen Versammlungen geht es nicht länger darum, hoffnungsvolle Umweltschutz-Appelle an die regierenden Parteien zu richten. Sondern zahlreiche weitere Themen sind in den letzten Jahren diskutiert worden: Beispielsweise der antirassistische und antikoloniale Blickwinkel auf den industriell gemachten Klimawandel. Und dessen katastrophale Folgen für Mensch und Natur, vor allem im globalen Süden und besonders für die weibliche* Landbevölkerung. Daher werden die Forderungen nach finanzieller Entschädigung und Reparation für eine

jahrhundertelange Ausbeutung und Zerstörung durch die kapitalistischen Metropolen immer lauter. Aber auch die sozialen Aspekte von Preiserhöhungen für fossile Energieträger hier in Westeuropa werden immer wieder diskutiert. Nicht nur wegen teurem Benzin und Diesel, sondern auch wegen steigenden Heizkosten und höheren Mieten (durch „Energetische Sanierung“).

Hinzu kommt, dass die möglichst sofortige Schließung aller Atom- und Kohle-Kraftwerke, sowie die nachhaltige Verkehrswende, ein grundsätzliches wirtschaftliches Umdenken erfordert. Damit in diesen Branchen keine Arbeitsplätze verloren gehen, sondern diese möglichst für erneuerbare Energien und gesellschaftliche Verantwortung umgewandelt werden.

Außerdem stand beim Aktionstag am 25.03. auch der seit einem Monat wütende Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Republik Ukraine im Mittelpunkt. Nicht zuletzt, weil sich viele europäische Länder von Erdgas- und Erdöl-Lieferungen aus Russland abhängig gemacht haben, dessen autoritäres Regime sie jetzt boykottieren möchten. Doch anstatt massiv in alternative Wind- und Solarenergie zu investieren, versucht die Bundesregierung mit den reaktionären Golfmonarchien stattdessen Ersatzverträge abzuschließen und steckt gleichzeitig viele Milliarden Euro in die Militärindustrie.

Dabei wäre ein sofortiger Ausstieg aus den fossilen Energien ebenso notwendig, wie das endgültige Aus für Atomkraft in allen Ländern. Denn diese stellt ebenso eine ständige Bedrohung für die Bevölkerung dar, wie sie auch zwingende Grundlage für die militärische Aufrüstung der nuklearen Kriegsführung ist. Zudem sind der Eroberungsfeldzug des Öl- und Gas-Exporteurs Russland einerseits und die aggressive Rüstungspolitik der NATO-Staaten andererseits eng verknüpft mit einer sich verschärfenden imperialen Konkurrenz um die Macht über fossile Rohstoffquellen und globale Transportwege.

Aus diesen Gründen ist es dringend nötig, nicht nur den Kampf gegen die dramatisch fortschreitende Erderwärmung und das weltweite Artensterben zu führen, welche die zerstörerische Misswirtschaft der kapitalistischen Ausbeutung verursacht hat. Sondern auch gemeinsam gegen militärische Konflikte und katastrophale Zerstörung, die unser Leben weltweit bedrohen, mit Streik, Boykott, Besetzungen, Blockaden und anderen direkten

Aktionsformen selbstbestimmt solidarisch zu handeln. Ob am Arbeitsplatz, in der (Hoch-)Schule, auf der Straße, auf dem Wasser, im Wald oder anderswo...

Siehe auch den Fotobericht des ASN:
<https://asnkoeln.wordpress.com/2022/03/25/globaler-klimastreik-25-03/>

KÖLN

Spontandemo für Lützerath

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts darf das Dorf Lützerath im Rheinischen Braunkohle-Revier nun doch vom Energiekonzern RWE abgerissen und weggebaggert werden, um weiter die klimaschädlichen Elektrizitätskraftwerke zu befeuern.

Weil das die globale Erderwärmung noch mehr anheizen und das internationale Klimaschutzabkommen zur Begrenzung auf +1,5 Grad verhindern würde, fand auch in Köln am 28.03. eine Spontandemo gegen dieses Skandalurteil statt. Ein abendlicher Protestzug mit mehr als hundert Demonstrant*innen lief vom Chlodwigplatz über die Ringe zur Uniwiese.

Da wir weder von der CDU/FDP-Regierung im Düsseldorfer Landtag, noch von der rot-grün-liberalen Bundesregierung ernsthafte Maßnahmen gegen den fossilen Kapitalismus erwartet können, muss der Widerstand weiterhin selbstorganisiert von den aktivistischen Basisbewegungen für Klimagerechtigkeit ausgehen. Zum Beispiel beim "Skillshare"-Training oder bei der Großdemo am 23.04. in Lützerath.

Denn angesichts des aktuellen Gerichtsurteils zum geplanten Abriss des enteigneten Bauernhofs von Eckardt Heukamp geht der Widerstand der Klimagerechtigkeitsbewegung im Braunkohle-Tagebau Garzweiler in die nächste Phase. Um das international vereinbarte Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad noch aufzuhalten, wäre ein sofortiger Stopp der Kohleverbrennung im Rheinischen Revier nötig.

Da weder der Energiekonzern RWE, noch die Regierungen in Düsseldorf und Berlin daran kein Interesse haben, haben die Aktivist*innen in dem besetzten Dorf zahlreiche Baumhäuser, Barrikaden und Traversen

errichtet, um die Räumfahrzeuge zu stoppen. Derweil baggern die RWE-Schaufelräder sich immernoch tief in die Landschaft, um die fossile Industrie mit Kohlestrom aus dem benachbarten Mega-Kraftwerk Neurath zu beliefern. Dagegen fand vom 01.-03. April ein Trainingswochenende (skillshare) statt, um mit künftigen Protestaktionen den Widerstand gegen den Klimakiller Braunkohle voranzubringen.

KÖLN

Gedenken an Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (30.04.)

Jedes Jahr findet Ende April der Workers' Memorial Day statt, der Internationale Gedenktag für die Opfer von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen. Aus diesem Anlass lädt das Anarcho-Syndikalistische Netzwerk Köln zu einem kostenlosen Stadtrundgang am Sa. 30. April ein, der um 18 Uhr am Rudolfplatz beginnt (Treffpunkt: Hahnentor). Entlang von zehn verschiedenen Stationen geht die Info-Tour bis zur Einsturzstelle an der Severinstraße. An den einzelnen Haltepunkten wird kurz der Zusammenhang mit tödlichen, lebensbedrohlichen und krankmachenden Arbeitsbedingungen erläutert.

Zu den Zwischenstationen entlang des etwa 90 min dauernden Gedenkgangs gehören unter anderem die Rentenversicherung, ein Sanitätshaus, das Gesundheitsamt, ein Corona-Testzentrum, der MDK, die Feuerwehr-Rettungswache und das eingestürzte Stadtarchiv am Waidmarkt. Wer möchte, kann von dort aus gemeinsam zurück zum Neumarkt oder Rudolfplatz gehen.

Vor allem schlecht bezahlte Jobs in Einzelhandel und Dienstleistungsunternehmen und natürlich die kaputtgesparten Pflegeberufe stellen eine konkrete Gefahr für Leib und Leben der Lohnabhängigen dar. Auch Erzieher*innen und Lehrpersonal, sowie Arbeiter*innen mit vielen Kontakten im Betrieb (oder zuhause) sind besonders oft von einer Erkrankung an dem tödlichen Atemwegsvirus betroffen. Während die politischen Stellvertreter*innen alles dafür tun, damit die nationale Wirtschaft vor den dringend benötigten Einschränkungen der Profitmaximierung geschützt wird, regt sich

Widerstand u.a. gegen einseitige Ausgangssperren im privaten Bereich. Die internationale Kampagne #ZeroCovid kämpft beispielsweise für einen radikalen Shutdown der Wirtschaft mit solidarischem Finanzausgleich für alle Betroffenen, wie Lohnabhängige, Erwerbslose und Rentner*innen (#CovidAtWork). Aber es stellt sich auch die Frage, ob nicht ein länderübergreifender Generalstreik das Herunterfahren der nicht-lebensnotwendigen Betriebe viel effektiver und vor allem selbstbestimmt realisieren könnte.

Aufruf zum Arbeiter*innen-Gedenktag:

Der „Workers' Memorial Day“ (28.04.) als internationaler Gedenktag für die Opfer von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten steht wieder unter dem Eindruck der globalen Bedrohung durch die Covid19-Pandemie. Ob am Arbeitsplatz oder auf dem täglichen Weg dorthin – die Ansteckungsgefahr mit SARS-CoV-2 steigt mit wenig Abstandsmöglichkeiten und schlechter Belüftung. Denn für den Schutz des Lebens am Arbeitsplatz, sowie für eine allgemeine und kostenlose Gesundheitsversorgung, kämpfen Arbeiter*innen seit dem Entstehen der kapitalistischen Ausbeutung – durch direkte Aktionen und mit gemeinsamen Streiks und Betriebsbesetzungen.

Die an politischen und gesetzlichen Reformen orientierten Funktionär*innen der Gewerkschaftsbürokratie machen dabei genauso leere Versprechungen, wie die Politiker*innen aller Parteien, und dienen sich den Kapitaleigentümer*innen als willige Hilfskräfte an („Co-Management“). Doch nur selbstorganisiert und jenseits der Spaltungslinien von Beruf, Alter, Herkunft oder Geschlecht gilt es, der weltweiten Bedrohung durch diese und andere Seuchen effektiv etwas entgegen zu setzen.

Eine grenzüberschreitende Solidarität bedeutet dabei auch, für eine Aufhebung der Patente auf Impfstoffe und andere Arzneimittelpatente zu kämpfen. Damit alle Menschen möglichst schnell die Chance auf einen wirksamen medikamentösen Gesundheitsschutz haben, welcher die notwendigen Maßnahmen (Atemschutz-Masken, Abstandhalten, Lüften und Hygiene) ergänzt. Einer Arbeitsverdichtung und Leistungserhöhung durch digitale Überwachung in den Betrieben und im Home-Office muss jedoch eine klare Absage erteilt werden.

Solche autoritären Krisenlösungen fordern den weltweit Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung heraus, ob am Arbeitsplatz oder auf der Straße. Gedenken wir heute der Todesopfer von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, aber kämpfen wir gemeinsam für die Lebenden und für eine menschenwürdige Zukunft!

In Betrieb, Heim oder Schule –
gemeinsam gegen Corona!
GENERALSTREIK statt AUSGANGSSPERRE!

Anders wirtschaften alternative Ökonomie in Köln

Neuaufgabe der Broschüre zu nicht-kommerziellen und antikapitalistischen Projekten und gegenseitiger Hilfe:
Bücher/Zeitschriften, Fahrräder, Internet, Kleidung,
Hausrat/Möbel, Lebensmittel/Gärten, Werkstätten,
Wohnprojekte (auch als PDF unter
<https://asnkoeln.wordpress.com>)

Anders Wirtschaften

Alternative Ökonomie in Köln



Helfen - Leihen - Teilen - Tauschen
Kollektivbetriebe
Wohnprojekte & mehr

Stadtrundgang

IN GEDENKEN AN DIE OPFER VON
ARBEITSUNFÄLLEN UND BERUFSKRANKHEITEN



asnkoeln.wordpress.com

Anarchosyndikalistisches Netzwerk

ASN Köln,
asn-koeln@riseup.net

<https://asnkoeln.wordpress.com>

<https://anarchosyndikalismus.blackblogs.org>

CreativeCommons: BY-NC
ViSdP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln